

Ho

JKÖ

Konferenz

UNTERLAGEN FÜR 1. JKÖ -  
KONFERENZ

25

ur. 13.8.

Antrag Krug betreffend die Organisierung einer Konferenz des IKGe.

1. Die Konferenz findet am 1. IX. statt (der Zeitpunkt wird mündlich bekanntgegeben).
2. Die Gebietsleitungen sind berechtigt für je 3 Mitglieder einen Delegierten auf die Konferenz zu entsenden. Für Reste von 1 oder 2 Mitgliedern kann ebenfalls ein Delegierter entsendet werden (z. B. kann ein Gebiet für 13 Mitglieder 5 Delegierte enthalten). Als Stichtag für die Mitgliedschaft gilt der 1. Oktober. Auch die L-Mitglieder müssen sich in den einzelnen Gebieten delegieren lassen. Nicht delegierte L-Mitglieder nehmen mit beratender Stimme an der Konferenz teil. Die L. behält sich vor weitere Delegierte mit beratender Stimme einzuberufen. Nach dem derzeitigen Stand würden 21 Genossen delegiert werden ( GIII 7, GV 5, GVI 9).

3. Tagesordnung für die Konferenz:

- I. Eröffnung und Gedenken.
- II. Berichte: a) Leitung, b) Organisation
- III. Wahl eines Wahlkomitees von 5 G. für die Wahl der L.
- IV. Resolutionen der L.: a) Organisationsstatuten, b) Lage und Aufgaben.
- V. Neuwahl der L. und Wahl eines Kontrollausschusses von 3 G. (aus jedem Gebiet 1).
4. Für die Konf. sind 2 Tage vorgesehen. Für den 1. Tag gilt Tagesordnungspunkt I - III, für den 2. Tag IV - V.

11. IX. 46

## Richtlinien für die Delegiertenswahl.

1. Eröffnung durch die GL.

2. Bekanntgabe des Zweckes der Versammlung

3. Bekanntgabe der Wahlordnung:

- a) Massgebend für die Anzahl der Delegierten in den Gebieten ist der Mitgliederstand vom 2. 11. 1946.
- b) Die Schlüsselzahl ist 4. Auf 4 Mitglieder entfällt 1 Delegierter.
- c) Die Delegierten werden auf der am ..... zusammenstehenden Mitgliederversammlungen gewählt. (Die Anzahl der zu wählenden Delegierten ist den GL und der Kinderheit bekannt.)
- d) Der von der Mitgliederversammlung gewählte Wahlleiter stellt durch Befragung der Mitgliedschaft die Liste der Delegierten auf.
- e) Einigen sich mindestens 4 Mitglieder auf einen Delegierten, so ist dieser Delegierte als gewählt anzusehen und die Zahl durch die gemeinsame Abstimmung zu wählenden Delegierten vermindert sich dadurch.
- f) Der Wahlverlauf und das Wahlergebnis ist schriftlich festzuhalten.

4. Wahl des Wahlleiters. Der Wahl des Wahlleiters als Delegierter steht nichts im Wege.

5. Durchführung der Wahl.

- a) Frage ob gebundener Vorschlag vorhanden. Wenn ja, Bekanntgabe der verminderten Delegierten- und Stimmenanzahl.
- b) Delegierten bzw. Restdelegiertenwahl. (En bloc oder Einzelabstimmung.)

6. Feststellung der Delegierten. Schliessen der Wahlversammlung.

7. Kurze Besprechung der Delegierten:

- a) Bekanntgabe des Zeitpunktes.
- b) ab Morgen Zeit.
- c) Ort wird nicht bekanntgegeben. Treffpunkt wird später bekanntgegeben.
- d) Personliche Vorbereitung (Nachtigung, Bosen, Zucker).
- e) Politische Vorbereitung.

8. Abänderung zu den Anträgen auf der K. Abänderungen zu den Anträgen der L. bis .....

Beschlüsse über die Wahl der Delegierten zur Konferenz

1. Massgebend für die Anzahl der Delegierten in den Gebieten ist der Mitgliederstand vom 2.11.1946.
2. Die Schlüsselzahl ist 4. Auf 4 Mitglieder entfällt 1 Delegierter.
3. Die Delegierten werden auf den am 17.11.1946 zusammentretenden Mitgliederversammlungen gewählt. Uzw. im Gebiet III: 5 von 21 Mitgliedern; im Gebiet V: 4 von 17 und im Gebiet XVI: 6 von 24 Mitgliedern. Die Kinderheit 2 von 8 Mitgliedern.
4. Der von der Mitgliederversammlung gewählte Wahlleiter stellt durch Befragung der Mitgliedschaft die Liste der Delegierten auf.
5. Einigen sich mindestens 4 Mitglieder auf einen Delegierten, so ist dieser Delegierte als gewählt anzusehen und die Zahl durch die gemeinsame Abstimmung zu wählenden Delegierten vermindert sich dadurch.
6. Der Wahlverlauf und das Wahlergebnis ist schriftlich festzulegen.

Diskussionsvorschläge für die Ko von Kr.

1. Die Wahl der Delegierten findet am 1. statt.

2. Die Gebiete sind berechtigt für je 1 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden.

Für einen Rest von 3 oder 4 Mitglieder kann ebenfalls ein Delegierter entsendet werden.

Einigen sich 2 Mitglieder auf einem Delegierten, so gilt dieser als gewählt. Die Mitglieder der Kinderheit haben das Recht ihre eigenen Delegierten zu wählen, wobei es ihnen gestattet sein soll, die Reststimmen in den einzelnen Gebieten zusammenzuhalten. Am praktischen wird es sein, wenn man diese Genossen der Kinderheit zur Zwecke der Delegierterwahl in einem Gebiete zusammenfasst.

3. Die nicht als Delegierte gewählten L.-Mitglieder nehmen mit beratender Stimme an der Ko teil. Weiters behält sich die L. vor, Delegierte mit beratender Stimme an der Ko teilnehmen zu lassen.

4. Als Stichtag für die Mitgliedschaft gilt der 1. November.

5. Anträge und Resolutionen müssen schriftlich am 1. November in der Hand der L. sein. Alle Anträge (auch die der L.) müssen vervielfältigt werden und allen Mitgliedern spätestens 14 Tage vor der Ko zugänglich gemacht werden. Die Anträge und Resolutionen werden auch in den vorgeschrittenen K-Zellen beraten, um den Kandidaten Gelegenheit zu geben dazu Stellung zu nehmen.

6. Für die organisatorischen Vorbereitung der Ko ist da OB, für die politische Vorbereitung das PB verantwortlich.

31. X-

TAGESSORDNUNG FÜR DIE K.

1. Eröffnung und Gruenken.

2. Wahl des Vorsitzenden

3. Überprüfung der Mandate.

4. Wahl des Wahlkomitees (3 Gen., je Geb. 1 Gen.)

5. Berichte und Referate

- a) Einreichung der Anträge
- b) Kasse
- c) Organisation
- d) Presse
- e) Propaganda
- f) Internationale
- g) Politik

6. Org.-Statuten

7. Wahl der Leitung

8. Schliessung der K. durch den Vorsitzenden

BEGRÜSUNG,  
GEDENKEN,  
ERÖFFNUNG.

Genossen und Genossinnen!

Im Namen der L. begrüße ich Euch als Delegierte zu unserer 1. Konferenz.

Ich begrüße als Vertreter der I. den Gen..... und drücke unsere Freude darüber aus, daß die Genossen der I. keine Anstrengung gescheut haben, um zu unserer Tagung zu erscheinen. Wir bitten den Gen. ...., der I., den Genossen aller ihrer Sektionen unsere wärmsten u. brüderlichen Grüße zu übermitteln.

Genossen u. Genossinnen, bevor wir in unsere Arbeit eingehen, wenden sich unsere Gedanken den toten, hingemordeten Kämpfern aus den Reihen der Internationale, aus unseren eigenen Reihen zu, die gefallen sind als Opfer ihrer unerschütterlichen Treue zur proletarischen Sache, zum revolutionären Programm. An ihnen ist das Wort Eugen Levi-nes, des Märtyrers der Münchener Commune, wahr geworden: Kommunisten sind Tote auf Urlaub.

Ich bitte Euch, daß Ihr Euch eine Minute vom den Sitzen erhabt zur Ehrung des Andenkens an jene Hunderte von Kämpfern der Internationale, die ihr Leben im 2. imperialistischen Weltkrieg verloren haben, an jene Hunderte von Genossen und Genossinnen, die dem faschistischen Terror zum Opfer fielen, an jene, die Stalin morden ließ.

Wir gedenken in Trauer des Begründers unserer Internationale, des Gen. Tr....., der vor mehr als sechs Jahren in seinem unerschütterlichen Kampf für die proletarische ~~sozialistische~~ Revolution sein Leben hingab, gemordet von Kain-Stalin.

Wir gedenken Walter Helds, Peters, Legoilis, Leon Sedows, Hics, Pouliopoulos, Widelins, Blascos, Chen-Chi-Changs, wir gedenken ihrer Genossen, die zu den besten Kämpfern der Internationale gehörten.

Wir gedenken mit Schmerz der Genossen und Genossinnen aus unseren eigenen Reihen, die wir verloren haben: der Genossen vor allem, die mit ihrem Leben ihre Treue zur revolutionären Sache bezahlten:

der Gen. Hartmann u. Jonas, die als Opfer der faschistischen Henker fielen.

Wir gedenken der anderen uns entrissenen, des Gen. Jost, Otto, Rainer, der Genossinnen Margit und Mus.....

.....

Ich danke Euch, Genossen und Genossinnen. Gestattet noch, daß ich aller Kämpfer der IV. I. gedenke, die sich in den Zitadellen der bürgerlichen Klassenjustiz, in Stalins Kerkern, sowie jener gedenke,

die noch heute in Kriegsgefangenschaft schwächten. Ihnen allen senden wir unsere brüderlichen Kampfesgrüße. Wir wissen, daß unser Kampf dazubeiträgt, sie zu befreien.

Genossen und Genossinnen, ich erkläre hiermit unsere 1. Konferenz für eröffnet.

Wir schreiten zur Wahl des Vorsitzenden der Konferenz.

## R E S O L U T I O N

---

beschlossen von der 1.Konferenz der I.K.Ö. am ..... 1945

Die Delegierten der I.K.Ö., versammelt auf der 1.Konferenz, richten an die IV. Internationale, an alle ihre Sektionen und an alle sympathisierenden Gruppen und Organisationen folgenden Aufruf:

Wehr als eineinhalb Jahre sind seit dem Sturze des Nazi-regimes in Österreich vergangen. Aber noch immer wird Österreich von den Truppen der "alliierten" Mächte besetzt gehalten. Die Hauptlast dieser Besetzung fällt auf die werktätigen Massen Österreichs, vor allem auf das Proletariat.

Die I.K.Ö. führen und führen den Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen nicht im Geiste der nationalen Beschränktheit, in patriotisch-chauvinistischer Weise. Sie wiesen und weisen im Gegenteil immer darauf hin, daß die Tatsache der Besetzung nur imstande ist, ~~den~~ chauvinistischen, faschistischen Tendenzen neuen Auftrieb zu geben. Die I.K.Ö. wissen, daß die Besatzungssoldaten selbst ~~den~~ Arbeitsbrüder aus USA, aus England, aus Frankreich wie aus der USSR sind. Sie führen, führen und werden führen den Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen im Geiste des proletarischen Internationalismus, der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, ihres Kampfbündnisses gegen die kapitalistischen Unterdrücker wie gegen die entartete Sowjetbürokratie.

Unser Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen ist so wie der Kampf des Proletariats der anderen besetzten Länder, dem wir uns brüderlich verbunden fühlen, nur der Kampf gegen die Verletzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Kampf um die tatsächliche Ausnutzung des demokratischen Kampfbodens für die unterdrückten Massen, ein Teil unseres Kampfes für die demokratischen Rechte der Massen, für die freie Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes.

Diesen Kampf in internationalem Geiste zu führen, heißt aber, daß das Proletariat der besetzenden Länder in erster Linie dazu berufen ist, seine Stimme gegen die eigenen Unterdrücker zu erheben und sie zu zwingen, die Besatzungstruppen abzuziehen. Kein Volk kann wahrhaftig frei sein, das <sup>ein</sup> anderes Volk unterdrückt, das die ~~ihren~~ eigenen Unterdrücker nicht daran hindert, andere Völker niederzuhalten.

Daher appellieren die I.K.Ö. besonders an das amerikanische, englische, französische Proletariat, ~~maxi~~ das österreichische Proletariat in seinem Kampfe für den Abzug aller Besatzungstruppen tatkräftigst

*in Klammern*

zu unterstützen. Sie appellieren besonders an die Sektionen der IV. Internationale dieser Länder, das Augenmerk des Proletariats auf die Tatsache der andauernden Besetzung Österreichs zu lenken und für den sofortigen Abzug aller Besetzungstruppen zu kämpfen unter dem Hauptgesichtspunkt, daß die Besetzung die freie Entfaltung des Klassenkampfes des Österreichischen Proletariats behindert.

Die I.K.Ö. sind überzeugt, daß die Bolschewiki-Leninisten in der U.S.S.R. in dem Grade, als es ihnen die Bedingungen ihres Kampfes gegen die verbrecherische Stalinbürokratie erlauben, ihre Stimme für die Rücknahme der Sowjettruppen aus den besetzten Ländern erheben als einziges Mittel, auch die Imperialisten zu zwingen, ihrerseits genau so zu handeln und damit der Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes die Bahn frei zu geben. Gerade das Vorangehen der U.S.S.R. in dieser Frage ist allein imstande, die Massensympathien für die U.S.S.R. wiederherzustellen, den Imperialisten so zu erschweren, ihre Raubpläne gegen die U.S.S.R. zu realisieren.

Die I.K.Ö. appelliert an das I.S. der IV. Internationale, in zweckdienlicher Weise, unter Berücksichtigung der derzeitigen Kampfbedingungen der I.K.Ö. in Österreich, diesen Aufruf der proletarischen Weltöffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen und besonders die Sektionen der die Besetzung durchführenden Länder zu veranlassen, die Aufmerksamkeit des Proletariats dieser Länder immer wieder auf die Frage des Abzuges aller Besetzungstruppen aus Österreich hinzu lenken.

R R E S O L U T I O N  
=====

Jau

beschlossen von der 1. Konferenz der I.K.Ö. am .....

Die Delegierten der I.K.Ö., versammelt auf der 1. Konferenz, richten an die IV. Internationale, an alle ihre Sektionen und an alle sympathisierenden Gruppen und Organisationen folgenden Aufruf:

An die IV. Internationale,  
an alle ihre Sektionen, an alle sympathisierenden Gruppen und Organisationen, an die  
Arbeiter aller Länder ~~der Welt~~!

Mehr als eineinhalb Jahre sind seit dem Sturz des Naziregimes in Österreich vergangen. Aber noch immer wird Österreich, sowie vor allem Deutschland, von den Truppen der "alliierten" Mächte besetzt gehalten. Die Hauptlast dieser Besetzung trifft die werktätigen Massen, vor allem auf das Proletariat.

Die I.K.Ö. führten und führen den Kampf für den Abzug aller Besetzungstruppen nicht im Geiste der nationalen Beschränktheit, auf patriotisch-chauvinistische Weise, in Anpassung an die eigene Bourgeoisie, wie dies die SF macht, oder, auf nur viel heuchlerische Weise, die Stalinparteien. Die I.K.Ö. wiesen und weisen im Gegenteil immer darauf hin, daß die Tatsache der Besetzung die chauvinistischen, faschistischen Tendenzen nur imstende ist zu stärken. Die I.K.Ö. wiesen immer darauf hin, daß die Besetzungssoldaten selbst nur unsere Arbeiterbrüder aus USA, England, Frankreich wie aus der Sowjetunion sind. Sie führen, führen und werden führen den Kampf für den Abzug aller Besetzungstruppen im Geiste des proletarischen Internationalismus, der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, ihres Kampfbündnisses gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker wie gegen die entartete Sowjetbürokratie.

Unser Kampf für den Abzug aller Besetzungstruppen ist so wie der Kampf des Proletariats der anderen besetzten Länder, besonders Deutschlands, dem wir uns brüderlich verbunden fühlen, nur der Kampf gegen die Verletzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes jeden Volkes, der Kampf für die tatsächliche Ausnutzung des demokratischen Kampfbodens durch die unterdrückten Massen zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, ein Teil unseres Kampfes für die demokratischen Rechte der Massen, für die freie Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes.

Diesen Kampf in internationalem Geist führen heißt aber, daß in erster Linie das Proletariat der die Besetzung durchführenden Länder berufen ist, seine Stimme gegen die eigenen Unterdrücker zu erheben und sie zu zwingen, die Besetzungstruppen abzuziehen. Kein Volk kann

rechhaftig frei sein, das ein anderes Volk unterdrückt, das die eigenen Unterdrücker nicht daran hindert, andere Völker zu unterdrücken.

Denen appellieren die I.K.Ö. besonders an das amerikanische, englische, französische Proletariat, das Proletariat Österreichs, besonders aber Deutschlands, zu dem sich das Österreichische Proletariat rechnet und immer rechnen wird, in seinem Kampf für den Abzug aller Besetzungstruppen tatkräftig zu unterstützen. Sie appellieren besonders an die Sektionen der IV. Internationale dieser Länder, das Augenmerk des Proletariats auf die Tatsache der andauernden Besetzung zu lenken und zu kämpfen für den sofortigen Abzug aller Besetzungstruppen unter dem Hauptgesichtspunkt, daß die Besetzung eine Verletzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts bedeutet, daß sie die freie Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes behindert.

Die I.K.Ö. sind überzeugt, daß die Bolschewiki-Leninisten in der U.d.S.S.R., daß das russische Proletariat in dem Grade, als es die Bedingungen der Bürokratischen Diktatur erlauben, ihre Stimme für die Rücknahme der Sowjettruppen aus den besetzten Ländern erheben als einziges Mittel, die imperialistischen Unterdrücker vor den Massen zu entlarven, die Massen Sympathien zur U.d.S.S.R. wiederherzustellen durch die Voraussetzung der U.d.S.S.R. in der Frage der Besetzung, dem proletarischen Klassenkampf freie Bahn zu geben.

Die I.K.Ö. richten schließlich ihren Ruf an die Arbeiter aller Länder, dem deutschen wie dem Österreichischen Proletarist, dem Proletarist aller besetzten Länder in seinem Kampfe um das freie Selbstbestimmungsrecht beizustehen im Geiste des proletarischen Internationalismus, im Geiste des Schlechtrufes des Kommunistischen Manifestes:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

INTERNATIONALE KOMMUNISTEN  
ÖSTERREICHISCHE  
(Sektion der IV. Internationale)

Die I.K.Ö. appellieren an das T.S. der IV. Internationale, in zweckdienlicher Weise, unter Berücksichtigung der besitztiven Kampfbedingungen der I.K.Ö., diesen Aufruf der proletarischen Weltöffentlichung zur Kenntnis zu bringen und besonders die Sektionen der Besetzung durchführender Länder zu veranlassen, die Auferksamkeit des Proletariats dieser Länder immer wieder auf die Frage des sofortigen Abzuges aller Besetzungstruppen hinzulehren.

PROKLAMATION

1. Konferenz der I.K.Ö.

R E S O L U T I O N  
=====

beschlossen von der 1. Konferenz der I. K. Ö. am 30. XI. 1933

Die 1. Konferenz der I. K. Ö. billigt die Einigung des ehemaligen Karl Liebknecht-Bundes (Internationale Kommunisten) mit dem ehemaligen Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse. Diese Einigung erfolgte auf dem Boden der gemeinsamen Auffassungen über die gegenwärtigen Kampfaufgaben bei Aufrechterhaltung der gegenteiligen Ansichten über die sogenannte Kombinierte Kriegstaktik, wie sie vom Kampfbund 1938 entwickelt wurde.

Die Konferenz stellt fest, daß die organisatorische Verschmelzung zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil noch im Zuge ist. Sie tritt für engste gemeinsame Arbeit an der Lösung der vor uns stehenden Aufgaben ein und sieht in dieser gemeinsamen Arbeit eine Gewähr für die kameradschaftliche Austragung der noch offenen Frage der Kombinierten Kriegstaktik gegeben.

Die schließliche Bereinigung dieser Differenz ist jedoch erst die Voraussetzung der wirklichen und festen Einigung. Es wird die Aufgabe der Leitung sein, die Bereinigung dieser noch schwelenden Differenz durchzuführen. Die Konferenz billigt und begrüßt die bereits in dieser Richtung seitens der Leitung unternommenen Schritte, insbesondere anstehlich der Anwesenheit des Gen. Sohr. Sie fordert die Leitung auf, die schließliche Lösung der Frage mit Geduld und Ausdauer zu verfolgen.

Eingelangte Anträge:

A1: GL XVI: Zu Punkt Presse.

A2 G. E. B. H.: Betrifft die Lösungen "Proletarische ~~ERKENNTNIS~~ Revolution" und "Diktatur des Proletariats"

A3 K. H. B. G.: Betrifft Ablehnung der Kör. Kriegstaktik.

A4 GL XVI: Betrifft Leitung.

A5 K. B. F. H.: Betrifft Punkt Propaganda ("Leninist")

A6 Zelle Ri.: Betrifft Berufsvorrevolutionäre

A7 Lat: Zu Punkt Statuten.

Resolution über Kassa und Solidarität.

1. Die Konferenz nimmt den Solidaritäts - und den Kassabericht zur Kenntnis und erteilt der Leitung die Entlastung.
2. Die Konferenz beschliesst den Mitgliedsbeitrag von 3.- auf 2.- S herabzusetzen.

Antrag zur K:

A 3

Die K möge beschließen:

Sie lehnen jede Annäherung zur "Kombinierten Kriegstaktik" ab. Sie erklärt die Linie der ehemaligen PI in der Frage der Kriegstaktik (den revolutionären Defaitismus) zur Linie der IKÖ. Jede Änderung, Abweichung von dieser Linie kann nur von der Konferenz der IKÖ beschlossen werden.

B., G., H., K.

Die K möge beschließen:

*mitglieder*

1. Die Führung der IKÖ wird verpflichtet, jeden politischen Beschuß der Mitgliederschaft raschest schriftlich bekanntzugeben. Bei eventueller Kontrameinung ist diese, in kurzer Form, sowie das Abstimmungsverhältnis anzuschließen.
2. Jedes Leitungsmittel hat aktiv an den Gebietsleitungssitzungen teilzunehmen, sie mindest einmal im Monat zu besuchen.

GL. XVI.

Durch das Wachstum unserer Organisation bedingt, häuft sich die Arbeit jener Genossen, welche Übersetzungen aus anderen Sprachen durchführen, Zeitungen, Kurshefte u.dgl. herstellen. Auf die Dauer werden sie das körperlich nicht leisten können, da sie diese Arbeit neben ihrer Berufsaarbeit durchführen. Es wäre zum ewigen, einige Genossen als Beruferevolutionäre einzustellen, bei Aufrechterhaltung ihres Berufes, soweit die finanziellen Mittel der Organisation dies erlauben. Bezüge, soweit die finanziellen Mittel der Organisation dies erlauben.

A-Zelle R.

Gegenantrag zum Antrag 3 für die K. der IKÖ.

Es hat keinen Zweck, die kostbare Zeit der Konferenz mit dem Wiederkaufen alter ergebnislos gebliebener Diskussionen zu verschwenden. Soll das die Behandlung und Erledigung anderer wichtiger Fragen verzögern? Der Antrag kann nicht den Erfolg haben, eine Frage zu beantworten, welche nur in einem größeren Zusammenhang beantwortet werden kann. Man kommt einer Lösung nicht näher durch Beschlüsse noch damit, daß man alle alten Argumente wiederholt. Man kann in solchen Teilfragen Niemandem Abweichungen vorwerfen, solange die Frage des bürokratisch "entarteten" Rußland von Grund auf neuerlich untersucht ist und dadurch dem Verständnis aller Mitglieder unserer Org. nahe gebracht ist.

Der Antrag 3 ist auf der Konferenz nicht zu behandeln. Statt dessen wird die künftige Leitung von der Konferenz beauftragt, einen umfassenden Plan zu entwerfen, nach dem die Frage des bürokratisch entarteten Sowjetstaats nach jeder Richtung hin analysiert wird. An dieser Arbeit sind grundsätzlich alle Mitglieder der Organisation zu beteiligen. Der Untersuchung ist von allen Beteiligten eine angemessene Zeit wirklicher Arbeit zu widmen.

Es geht nicht an, daß wir heute wie vor zehn oder zwanzig und mehr Jahren nichts andres sagen können als: Rußland ist ein proletarischer Staat. Von der Oktoberrevolution bis heute, zur stalinistischen Gegenwart, hat sich immerhin Verschiedenes ereignet, das für eine treffendere Charakterisierung Material bietet. Der Ausdruck "Entartung" ist nicht mehr verwendbar, sobald sich Gesetzmäßigkeiten zeigen, die wir allerdings noch feststellen müssen. Willkürlich kann ein so ungeheuerliches System wie der heutige Sowjetstaat nicht entstanden sein.

Hat sich unter uns noch niemand mit der Frage befasst: "Was ist Eigentum?", "Was bezweckt das Eigentum an den Produktionsmitteln?" Diese Fragen sind schon lange beantwortet. Aber die Ergebnisse müssen auch auf die Frage proletarisches Rußland angewendet werden. Eigentum an den Produktionsmitteln ohne Verfugungsrecht über die Produkte, was ist das?

Betreffend Wirtschaft und Gesellschaft des proletarischen Staats verwenden wir den Begriff: "Eigentum an den Produktionsmitteln" immer noch ohne Einschränkung, als ob der Ertrag seiner Arbeit dem russischen Proleten zur Verfügung stehen würde. Solange wir uns bei den Bestimmungen mit juristischen (von der kapitalistischen Wissenschaft übernommenen) Formulierungen begnügen, zeigt sich eine bedenkliche Schwäche unserer Untersuchungen.

Ist das "Eigentum" des russischen Proletariers an "seinen" Produktionsmitteln noch ernst zu nehmen, steht es damit nicht wie mit der "Freiheit" des Lohnarbeiters in den kapitalistischen Ländern? So wie in dieser Frage sind alle anderen Voraussetzungen des Sozialismus in Rußland gründlich bis in ihr Gegenteil verändert. Mit "entartet proletarisch" ist dieses Wirtschaftssystem nie erklärt.

Nicht Behauptungen, nur Tatsachen können für Feststellungen entscheidend sein. Wollen wir etwas feststellen, müssen wir uns den Fortschritt der Ereignisse vor Augen halten, nicht das, was wir einmal über ein bestimmtes Stadium gesagt haben.

Abänderungsvorschlag zu A8:

ad 6: .... Sie scheint am ehesten prädestiniert, als Anwalt der Elemente einer sich bildenden neuen Ausbeuterklasse, die sich im Krieg ebenfalls verstärkt, aufzutreten.

ad 12: Die nächste Etappe der Auseinandersetzung zwischen Weltimperialismus und Sowjetunion wird weiters die Sichtbarmachung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen beiden bringen, das aber nicht nur vom ökonomischen Potenzial, sondern in noch in viel höherem Maße von der Entwicklung der internationalen Revolution bestimmt wird.

ad 14: Die Mittelmassen, die nach Kriegsende nach links schwankten, zeigen heute noch eine abwartende Haltung, wobei in Frankreich und Italien klar Teile von ihnen in der Entwicklung nach rechts begriffen sind, wie es die letzten Wahlen in diesen Ländern zeigen.

ad 39: Jederzeit müssen jedoch unsere Parteien die Notwendigkeit des schnellen Überganges in neuerliche Illegalität ins Auge fassen, wobei der entscheidende Kern der Partei, entsprechend den heutigen Bedingungen, auf alle Fälle seine illegale Organisation haben muß.

ad 44: Andererseits fehlen aus seinen Reihen Hunderttausende, die auf den imperialistischen Schlachtfeldern blieben, oder noch in Kriegsgefangenschaft sind.

mit best. XVI

P. 14 : 9; 6 abgelehnt.

Ergänzungsantrag zur pol. Resolution.

Kapitel VII! Punkt 27. "

Einfügen oder anschließen.

Den Verrat an der Weltarbeiterklasse machten sich auch andere, ausserhalb der Reihen von SP und Stalinpartei stehende zentristische Gruppierungen und Org. mitschuldig.

Man muß mit Nachdruck auf die "Kombinierte Kriegstaktik" verweisen, welche vom "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse", der damaligen rev. Org in Wien, ausging.

Ähnliche Theorien wurden auch von verschiedenen anderen pol. Gruppierungen, verschiedener Länder entwickelt.

Diese "Taktik" kettete das Proletariat an die Bourgeoisie ihres Landes und verstieß gegen das Prinzip des rev. Defaitismus, den Kampf gegen die eigene Bourg., „Umwandlung des Krieges, in den Bürgerkrieg, zum Sturz der Bourg.

Nicht die Verbrüderung des Prol. an den Fronten, sondern die gegenseitige Zerfleischung für die imperial. Interessen war das Endergebnis.

St.

## II. Ergänzung KB:

Offiziell ging es immer die Verbindung des KB von den Übersiedelten, im Frühj. 1941 kam zur Vereinigung mit dem KLB zur neuen Org. IKÖ am 6. VIII. 46. Der KB umfaßte zu dieser Zeit inkl. der Eingerückten [ Seite 2 ]

Verbindl. mit Wien Übersiedelten besteht die Verbindung mit 3 Gen. die sich in Linz befinden.

Internat. Verbindung seit 1938 bis zum heutigen Tag mit Schweizerischen Schwestern, wenn auch mit Unterbrechungen.

Verbindl. mit Linz Übersiedelten

## Ergänzung KB

Ich möchte kurz ergänzen die Entwicklung des KB von der letzten Spaltung im Frühjahr 1941 bis zur Vereinigung mit dem KLB zur neuen Org. IKÖ am 6. VIII. 46. Der KB umfaßte zu dieser Zeit inkl. der Eingerückten Seite 2

Von den aus Wien Übersiedelten besteht die Verbindung mit 3 Gen. die sich in Linz befinden.

Internat. Verbindung seit 1938 bis zum heutigen Tag mit,..... in der Schweiz, wenn auch mit Unterbrechungen.

Soweit Ergänzung zum Org. Bericht d. Ltg.

... mit dem Kommunisten-Denkmal noch übereinstimmt die  
Schlosser aus den Betrieben besaßen, daß der Städtebau die gesuchte  
wichtiger werdende Frage unserer Amtshandlung vor dem Stadtbauauss  
zurückkommen würden. Ich darf nicht vergessen, daß gegenwärtig nicht am  
neuen Bauwerk unter den Arbeitern Verstärkung zu suchen für den Abschluß unseres  
offenen, unvollendeten Bauwerks, das als Vorbild für die kommende Arbeiterschaft ist! ha-  
ben, daß wir die geplante Verhandlung dazu etwas abseitige  
Frage unseres offneen Auftrtens! Hier müssen wir auch ins Auge fassen,  
unter günstigen Umständen einen Konflikt mit der offiziellen Linie  
der Stp auf uns zu nehmen und eher unsere Funktion-natürlich immer  
angesichts der Arbieter und ihrer entsprechenden Aufklärung- zurück-  
zulegen, als einen Schritt mitzumachen, der uns vor den Arbeitern in  
der Zukunft kompromittieren würde!

Frage 2: die ebenso eine Lebensfrage vom Standpunkt der Zukunft ist: wir müssen lernen, selbst die kleinsten Fragen, Forderungen im Betrieb, immer in Zusammenhang mit den Grundfragen, mit der Frage der prol. Revolution zu bringen! Wenn wir dies bisher vielleicht aus konspir. und sonstigen Gründen zu wenig betont haben, so wird es jetzt zur Lebensfrage, diese Seite immer stärker zu betonen! Selbst der kleinsten Kampf für Arbeiterforderungen müssen wir mitkämpfen - aber zugleich die Arbeiter darüber aufklären, welcher Kampf allein die Fragen lösen kann, der Kampf für die Revolution. Das muß geduldig geschehen, ausgerichtet vor allem auf die besten, aber auch nicht scheuend, wo immer Arbeiter sind, auch unter sie den revol. Gedanken zu tragen! Die internationalen Ereignisse geben uns ebenso genügend Material, aber zentral ist, die Kämpfe hier mit den Grundfragen, vor allem der Machtfrage, der Frage des revol. Partei, in Verbindung zu bringen, und zwar ständig. Unsere Genossen müssen das in geschickter, Ort und Zeit angepaßter Weise tun - aber sie müssen es mehr und mehr tun, auch in Betriebsversammlungen usw. Gerade so, indem wir den Arbeitern offen unsere revolutionäre Kritik, unsere revol. Einsicht, unsere revol. Prop. vertragen, bereiten wir sie auf die kommenden Erfahrungen vor - und uns damit den Weg zu ihrem Vertrauen!

Das nur als Hinweis auf zwei wichtige Seiten der Fragen der Kampf- aufrufen.

### Frage Österreich:

A n t r a g    z u r    K. d e r I K Ö .

Es ist unbedingt die Frage:

"Demokratischer Zentralismus während der Illegalität"  
in allen Zellen zur Diskussion zu stellen.

Das Ergebnis der Diskussion ist zur Klarung der  
Punkte 5 und 6 in den Statuten zu verwerten.

Es soll damit erreicht werden, daß alle Arbeitsmöglichkeiten  
der Organisation im Rahmen des demokratischen Zentralismus  
während der Illegalität festgestellt werden.

Es soll damit vermieden werden, daß nach jedem  
notwendigen Fall einer Durchbrechung des demokratischen  
Zentralismus die Frage von Neuem aufgeworfen wird.

Die vorgeschlagene Diskussion ist sofort durchzuführen,  
bevor die Notwendigkeit einer Durchbrechung des demokratischen  
Zentralismus eintritt.

In den Statuten Punkt 4 wird festgestellt: Die Organisation  
ist nahe dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut.  
Nach Punkt 6 wäre es zulässig, die Erläuterung zu diesem Prinzip  
in Punkt 5 mit einem negativen Vorzeichen zu lesen.  
Die vielen Deutungsmöglichkeiten dieses Vorgangs heben den Zweck  
der Statuten vollständig auf.

Gabler

## Antrag zur K. der IKÜ.

Die beiden Resolutionen 8 und 9 sind zurückzuhalten und nicht an die angeführten Stellen weiterzugeben.

Begründung: Die Konferenz hat nicht wissenschaftliche Fragen zu entscheiden, sondern nur umfangreiche Arbeiten, die im Laufe der seit der letzten Konferenz verstrichenen Zeit von der Organisation geleistet wurden, und erst auf Grund der Ergebnisse derselben Stellung zu nehmen. Es geht nicht an, daß Arbeiten eines kleinen Teils derselben der Organisation erst kurz vor dem Termin vorgelegt werden, damit alle ja dazu sagen können. Zu mehr fehlt die Zeit. Die Fragen, die in den Resolutionen behandelt werden, darunter die Frage Rußland, können nicht einzelne beherrschen, sie können nur von einem größeren Apparat in entsprechender Zeit gelöst werden.

Die Resolution A 9 ist eine unreife Arbeit, auch wenn der Standpunkt derselben schon einige zwanzig Jahre alt ist. Seit der Feststellung, daß Rußland ein "entarteter proletarischer" Staat ist, hat sich schon wieder Vieles ereignet. Es muß jetzt schon möglich sein, eine Entwicklung der Gesellschaftsordnung des jetzigen Rußland festzustellen. A 8 und A 9 ist durch in die Zukunft weisende Definitionen zu ersetzen.

Ist es wirklich notwendig, daß den Zellen <sup>erst nach</sup> ~~am~~ Tage vor dem Einreichungstermin so umfangreiche Resolutionen zur Zustimmung vorzulegen? Ist es möglich, daß sie sich in den wenigen Stunden Freizeit eines solchen Zeitraums sich bewußt und erschöpfend über so umfangreiche Untersuchungen ~~außern~~ können? Der weitaus größte Teil unserer Organisation kann sich in längsten 14 Tagen nicht einmal einen Überblick über den Umfang der Fragen machen. Diese Resolution ist nicht an die Internationale zu schicken, damit wir nicht genötigt sind, uns in kurzer Zeit zu revidieren. Eine Blamage innerhalb unserer Reihen ist leichter zu verschmerzen. Die Überschrift Resolution hat keinen Sinn. Wissenschaftliche Arbeiten werden nicht mit Resolutionen abgeschlossen. Diese Arbeit kann höchstens eine Vorarbeit zu den Untersuchungen sein, mit welchen sich die ganze Organisation von heute an reichlich ein Jahr wird befassen müssen. Im Laufe der Untersuchung entstehende neue Gedankengänge und Erkenntnisse sind nicht als Abweichungen (wovon?) mit einer Achtung und Kaltstellung von Mitarbeitern zu beantworten.

Die Bemühungen der französischen Genossen ~~in~~ der Frage Rußland sind insoferne zu achten, weil sie zeigen, daß wir mit unserer jetzigen Definition des entarteten proletarischen Staates nicht lange mehr

auskommen werden. Die Resolution bemängelt zB an den Folgerungen der französischen Genossen das Fehlen objektiver Beweise. Was haben wir für objektive Beweise für unsere alten Feststellungen? Die Zeit Lenins? Abgesehen, daß auch damals vieles anders war, als unsere Theorie lehrt, sind seither mehr als 20 Jahre vergangen, die erst recht keine Annäherung der Vorgänge in Rußland an unsere Theorien gebracht haben. Das kann nur in einem falschen Gebrauch unserer Theorien liegen. Die Mängel unserer "Resolution" sind mindestens so schwerwiegend wie die Mängel anderer Untersuchungen, die von Tatsachen nicht ausgehen können. Aber wir kommen schon einen großen Schritt weiter, wenn wir endlich von den Tatsachen, die sich bis zur Gegenwart abgespielt haben, ausgehen wollen.

Zu Seite 3 der Resolution: Welche Klasse herrscht aber in der SU?

Die Bürokratische?

So gewaltig naiv gestellte Fragen werden uns nie weiterbringen. Die herrschende Klasse, in Rußland, das Proletariat, hat sich seit der Oktoberrevolution so sehr gespalten, daß man das Wort Proletariat unter sehr starke Anführungszeichen setzen muß, will man die Bürokratie einbeziehen. Ohne diese Bürokratie ist von einer Herrschaft des Proletariats überhaupt nicht zu reden.

Ein kleiner Teil des Russischen Proletariats (?) hat zweifellos die Herrschaft über den anderen großen Teil desselben an sich gerissen und mit dem Ertrag derselben Planwirtschaft ausgebaut. Jedenfalls dient die Planwirtschaft in Rußland nur mehr zum kleineren Teil der Bedarfsdeckung, zum größten Teil der Festigung des Herrschaftsapparats und dem Luxus der parasitären Bürokratie. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Gewicht der Bürokratenherrschaft in die Qualität der Klassenherrschaft umschlägt, ist gegeben. Wo bleibt die Konterrevolution? Es sind auch andere Revolutionen ausgeblieben und die Entwicklung ist trotzdem nicht stehen geblieben. Der russische Prolet steht einem Zwangsapparat, der nur der faschistischen Herrschaft des Kapitalismus vergleichbar ist.

Der kämpfende Bürger schied sich im Ende der Feudalzeit auch nicht deutlich vom Lohnarbeiter, hat aber nicht geübt, diesen Unterschied in die Tatsache umzusetzen, als der gemeinsame Gegner gefallen war. Auch die Wurzel der Bürokratie ist in den vorhergehenden Gesellschaftsperioden zu suchen.

Das Erkennen dieser Vorgänge insoferne weitreichende Bedeutung, als die Proleten der jetzt noch kapitalistischen Länder nach diesen Erfahrungen diesem russischen "Sozialismus" entgehen wollen. Es muß vermieden werden, daß die unvermeidliche Bürokratie des sozialistischen Staats zu einem Herrschaftssystem wird. Ist bei vorwiegend politischer Ausbildung des

kämpfenden Proletariats eine wirtschaftliche Machtübernahme möglich? Muß der gefährliche Weg Lenins, Gewinnung der Mittelklasse auf Kosten der Konsequenz des Handelns, mit seinen ungeheuren Gefahren eines Rücksehlags nach der Revolution, begangen werden? Der Wert einer erfolgreichen politischen Revolution wäre dann sehr in Frage gestellt. Muß das Weltproletariat im Kampf gegen den Monopolismus noch alles auf sich nehmen, was heute das russische erleidet? Die Lage in Rußland zeigt jetzt ein Überwiegen der hemmenden Merkmale über die fördernden, wenn man in die Richtung des Kommunismus blickt.

Die Resolution kann manches Richtige enthalten. Ich bin nicht imstande, während meiner knappen Freizeit innerhalb 3 Tagen alles festzustellen. Jedenfalls: mit Abstraktionen ist uns nicht geholfen. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung muß uns Handhaben zum Handeln geben. Es genügt nicht, zu wissen, daß die Sichel zum Schneiden und der Hammer zum Klopfen da ist. Man muß diese Werkzeuge in die Hand bekommen und damit umgehen können. Die Resolution kann daher höchstens eine Vorarbeit für unsere Aufgabe sein. Von Ergebnissen können wir erst reden, wenn wir die weitere Entwicklung konkret in jedem Fall weitgehend erkennen und so die Möglichkeit, einzugreifen, haben. Wir haben nicht nur zu einem gegebenen Zeitpunkt Stellung zu nehmen und dann endlos über Abweichungen zu reden, während ein revolutionärer Termin nach dem anderen vorbeigeht. Was das russische Proletariat erleidet, müssen wir vermeiden. Auch dann wird der Weg zum Kommunismus noch weit genug sein.

## Arbeitsplan der GL.

1. Jede GL-Sitzung muss auf der Basis einer festgesetzten Tagesordnung ablaufen. Die Punkte dieser Tagesordnung sind:

1. GL-Leitungsangelegenheiten.
2. Organisation des Gebietes
3. Presse.
4. Propaganda und Fraktionsarbeit.
5. Internationale
6. Lage und Aufgaben.

2. Das Ziel der Arbeit der GL muss sein, in ihrem Gebiete die Org. möglichst fest auszubauen, die Propaganda zu organisieren, alle Genossen zu ständiger steigender Tätigkeit zu veranlassen und die Lage und die sich aus ihr ergebenden Aufgaben an Hand der Beschlüsse der L. zu prüfen und durchzuführen, gegebenenfalls Änderungen dieser Beschlüsse zu verlangen oder Vorschläge an die L. zu machen.

3. Innerhalb der GL muss eine bestimmte Arbeitsteilung vorgenommen werden nach Vorsitz, Organisation (mit Presse vereinigen), Propaganda und Fraktionsarbeit, Internationale (Überblick um besten der Vorsitzenden) und politischen Referat. Dieses Referat kann ein anderer Genosse als der Vorsitzende führen, dieser muss allerdings die politischen Beschlüsse der L. mitteilen und darauf achten, dass sich zwischen dem politischen Referenten der GL und der Linie der Org. keine Widersprüche ergeben. Sollte dies dennoch der Fall sein, so ist darüber Beschluss zu fassen und an die L. zu berichten, die endgültig entscheidet.

4. Aus der praktischen Arbeit wird sich die natürliche Abgrenzung der "Kompetenzen" von L. (OB, PB) und GL ergeben. Mehr und mehr müssen wir dahin gelangen, dass die obersten Organe ihre Hauptaufgabe in der Herausarbeitung der politischen und organisatorischen Grundsätze erfüllen, dass sie nicht in der Detailliertheit versinken, dass diese Spezialarbeit mehr und mehr in den GL und in den A-Zellen geleistet wird.

5. Mindestens einmal im Monat wird zur GL-Sitzung ein Mitglied des PB herangesezten, in politisch entscheidende Situationen auch öfters. Zweck dieser Teilnahme ist die Schaffung eines engeren Kontaktes zwischen L. und GL, Ermöglichung der unmittelbaren Einsicht der politisch leitenden Gen. in die Arbeit der GL und Förderung von deren Arbeit.

Vorschlag Kr.: Der im Juni diskutierte und teilweise beschlossene Reorganisationsplan ist endgültig zu beschließen und an GL und A-Zellen weiter zu geben.

1. Die GL übernehmen die vollständige Verantwortung über den organisatorischen Aufbau, die Propaganda und die Fraktionsarbeit in ihren Gebieten. Über die Fraktionsarbeit sind monatlich schriftliche Berichte an das OB weiterzuleiten. Dazu ist eine Arbeitsteilung vorzunehmen. (Siehe Arbeitsplan der Gebietsleitung.)
2. Die den Gebieten zugehörigen / Mitglieder und Kandidaten sind in A- und B-Zellen zu organisieren. Bei weit vorgeschrittenen Prop. Fällen ist es zweckmäßig sie in Prop.-Zellen zusammenzufassen.
3. Die Hauptaufgabe der A-Z ist die praktisch-politische Arbeit, die nunmehr Planmäßig mit bestimmten konkreten Z-Zellen in Prop., Fraktionsarbeit usw. betrieben werden muss. Für die org. Arbeit ist der Zellenleiter, für die pol. Arbeit der Referent der Gebietsleitung verantwortlich. Die B-Zellen werden von den A-Zellen im engsten Einvernehmen mit den GL organisiert. Die Leiter der B-Zellen sind Mitglieder der A-Zellen. Alle Mitglieder gehören einer A-Zelle an. Ausnahmsweise können auch vorgeschrittene Kandidaten in A-Zellen aufgenommen werden.
4. Die Hauptaufgabe der B-Zellen ist die theoretische Schulung der Kandidaten. Als Grundlage für die Schulung dient der Kurs. Doch müssen die B-Zellen von ~~dem~~ Anfang an schrittweise an die politischen Aufgaben, im Einklang mit ~~dem~~ ihren theoretischen Einsichten, herangeführt werden.
5. Das Hauptziel der Reorganisation ist die Aenderung des Inhaltes unserer Tätigkeit, der Übergang zu einer höheren Form, zur praktisch konkreten Stellung von Aufgaben. Dabei muss sich die führende Rolle der L. Stk wie der GL bis in die Zelle auswirken, sodass die Schlagkraft und Geschlossenheit der ganzen Org. gestärkt wird.